

DIE SPITZE DES EISBERGS

Erst die Rente mit 63. Jetzt das Mindestlohngesetz, die gesetzliche Frauen-Quote und Manuela Schwesigs Vorstoß für transparente Gehaltsstrukturen. Für die nächsten Monate droht mit Nahles-Rente und Arbeitsstättenverordnung neues Unheil

Es gab eine Zeit, in der Deutschlands große Gewerkschaften über die SPD und ihren Kanzler gefluht haben. Sie wissen schon: Agenda 2010, Genosse der Bosse, Holzmann-Rettung. Ein Jahrzehnt nach Schröder ist die traute Einigkeit von Gewerkschaften und Sozialdemokraten wieder hergestellt – dafür beschwerten sich jetzt Unternehmer und ihre Spitzenverbände über Angela Merkel und den Wirtschaftskurs von CDU und großer Koalition.

Handwerkspräsident Hans-Peter Wollseifer warnt die Kanzlerin vor einem „Kollisionkurs gegen die Wirtschaft“. Die Novelle der Erbschaftssteuer sei „nicht praxisgerecht“, die Rente mit 63 verstärke den eh schon grassierenden Fachkräftemangel und die von Andrea Nahles geplante Arbeitsstättenverordnung sei realitätsfern.

Doch Moment mal: War die Arbeitsstättenverordnung nicht längst vom Tisch? „Ich fürchte nein“, sagt der Offenburger Rechtsanwalt Markus Arendt, der als Sektionssprecher des CDU-nahen Wirtschaftsrats gute Verbindungen ins politische Berlin hat. Zwar hat das Kanzleramt die Arbeitsstättenverordnung vorübergehend auf Eis gelegt, Kanzleramtsminister Peter Altmaier verhandele jedoch mit Andrea Nahles und dem Arbeitsministerium über eine Vorlage, die kurz nach Osten beschlossen werden soll. „Die Arbeitsstättenverordnung ist nicht tot, sie wird kommen“, sagt auch SPD-Fraktionsvize Carola Reimann.

Während das Arbeitsministerium von Heizungen für Archiv- und Abstellräume offenbar nichts mehr wissen will, bleibt es bei der Forderung, dass alle Sanitär- und Pausenbereiche Fenster und eine Sichtverbindung nach außen haben müssen und bei der Spind-Pflicht für Mitarbeiter. Ob die sich im Betrieb umziehen müssen oder nicht spiele dabei keine Rolle. Außerdem sind künftig Arbeitgeber dafür verantwortlich, wie Heimarbeitsplätze aussehen und sollen diese auch kontrollieren müssen. Obligatorisch sei Tageslicht, eine der

DIN entsprechende Beleuchtung, genug Platz und eine geringe Geräuschkulisse.

„Gerade im Wirtschaftsrat sorgen sich viele Unternehmer derzeit, was Ihnen die Große Koalition noch alles aufbürden muss“, sagt Markus Arendt. „Wenn ich wetten müsste: Die Nahles-Rente kommt sicher auch noch.“

Die angepeilten Änderungen des Betriebsrentengesetzes sehen vor, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften Pensionskassen oder Pensionsfonds einrichten. In Tarifverträgen soll dann vorgesehen werden, dass die Arbeitgeber Beiträge für die Betriebsrente zusagen. Über den Hebel der Allgemeinverbindlichkeitserklärung dürften Arbeitgeber mit der neuen Nahles-Rente dann zwangsbeglückt werden.

„Vielleicht haben wir inzwischen einfach zu viele Rentenmodelle, bei denen am Ende kaum noch jemand durchblickt und es auch zu viele rechtliche Unsicherheiten gibt“, sagt Arendt. „Die Flexi-Rente ist dafür ein gutes Beispiel. Dieses Rentenmodell ist im Grunde ja wirklich gut gedacht, aber eben auch schlecht gemacht. Kaum jemand lässt sich bisher auf dieses Rentenmodell ein, weil es zu viele rechtliche Unsicherheiten gibt.“

Weiteres Ungemach dürfte auf die Unternehmer auch aus dem Familienministerium von Manuela Schwesig zukommen: Geplant wird dort ein Gesetz zur Lohngleichheit von Männern und Frauen. In diesem Zusammenhang sollen Unternehmen jeder Größenordnung verpflichtet werden, ihre Gehaltsstrukturen „für möglichst alle Arbeitnehmer“ offenzulegen. „Das führt zu einem Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Ausforschung und ist in kleinen Betrieben überhaupt nicht praktikabel“, sagt Arendt.

Auch Christian von Stetten, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der Unionsfraktion, sieht Unternehmer nach Frauenquote, Pflegezeit, Bildungsurlaub und Mindestlohn genug belastet: „Solche Ideen sollte sich Frau Schwesig lieber wieder abschminken.“ ■